

Aufgabe vieler Fachpolitiken

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung



Dr. Markus Eltges

Die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse scheint in der politischen Diskussion in Deutschland stark an Bedeutung verloren zu haben. Noch in der letzten Legislaturperiode war das Thema prominent im Koalitionsvertrag verankert. Eine Regierungskommission erarbeitete Politikempfehlungen, die Bundesregierung legte das Abschlussdokument »Unser Plan für Deutschland« vor. Handlungsleitend war die Erkenntnis, dass die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse die Grundlage unserer Demokratie ist. Es sollte keine »abgehängten« Menschen oder Regionen geben.

Dieser Schwung hat nachgelassen. Hier und da wird der Begriff gerne in die Diskussion getragen, wie jüngst durch die beim Bundesverfassungsgericht anhängige Klage Bayerns gegen den Länderfinanzausgleich. Andere Themen bestimmen seit Monaten die Debatten: die Energie- und Wärmewende, Migration, bezahlbares Wohnen, die Neujustierung der Globalisierung aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine oder der Umgang mit Wetterextremen wie Hitze und Starkregen. Aber auch diese Themen haben einen engen Bezug zu gleichwertigen Lebensverhältnissen.

»Raumblindheit vieler Fachpolitiken überwinden.«

Eine Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse muss einer gezielten Strategie zum Abbau politisch nicht akzeptierter Ungleichheiten folgen. Es gilt dabei zunächst die Raumblindheit vieler Fachpolitiken zu überwinden, das heißt: Sie müssen regionale Disparitäten in den Blick nehmen. Dann kann gezielt gehandelt werden. Hier setzt der Deutschlandatlas www.deutschlandatlas.bund.de an, der im Gefolge der Regierungskommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse« entstanden ist und kontinuierlich aktualisiert und erweitert wird. Er verzichtet bewusst auf die kartografische Darstellung von zusammengefassten Indikatoren zur Gleichwertigkeit.

Das heißt, den Fachpolitiken werden durch diesen Atlas regionale Unterschiede aufgezeigt und sie können so gezielt dagegen vorgehen. Die Indikatoren reichen von der Höhe der Angebots-

mieten über die Breitbandversorgung, den Anteil überschuldeter Personen, die Schulabbrecherquote bis hin zur Erreichbarkeit von Grundschulen, Bus- und Bahnhaltestellen und Arztpraxen. Wo Probleme gebündelt auftreten, ist ein abgestimmtes Handeln der adressierten Fachpolitiken erforderlich.

Zugebenermaßen ist dies leichter gesagt als getan. Denn die Feststellung einer nicht tolerablen regionalen Unterschiedlichkeit, sagen wir einmal bei den Schulabbrechern, kann nicht nur allein durch eine bessere Bildungs- und Schulpolitik gelöst werden. Auch das soziale Umfeld der Schülerinnen und Schüler ist mit einzubeziehen. Beobachtung, Ursache und Wirkung des Instrumenteneinsatzes sind oftmals nicht eindimensional. Diese Komplexität darf aber nicht dazu führen, dass die Bildungs- und Schulpolitik im Rahmen ihrer Zuständigkeit keine Instrumente entwickelt, um die Zahl von Schulabbrechern zu minimieren. Komplexität bedarf der Abstimmung.

Die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und der demografische Wandel sind zwei Seiten einer Medaille. In den wachsenden Städten fehlen bezahlbare Wohnungen. Kitas, Grundschulen und andere soziale Einrichtungen sind stark ausgelastet. Regionen mit stetigen Bevölkerungsverlusten stehen dagegen vor ganz anderen Herausforderungen. Auch wenn solche Regionen von der Zuwanderung der vergangenen Jahre profitiert haben, reichen diese Gewinne nicht aus, um den Rückgang der Bevölkerungszahlen auszugleichen – mit allen Folgen für die Tragfähigkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Das sehen und erfahren die Menschen im Alltag.



© istockphoto.com/Bim

Zu starkes Bevölkerungswachstum auf der einen und starke Bevölkerungsverluste auf der anderen Seite bedeuten für Gesellschaft und Volkswirtschaft hohe Kosten. Nun ist klar, dass ein regionaler Ausgleich nur über eine gleichgewichtigere Verteilung von Arbeitsplätzen erfolgen kann. Unternehmen bringen und schaffen Arbeitsplätze. Anreize für neue Arbeitsplätze bietet das Instrumentarium der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« (GRW). Mit dem Gesamtdeutschen Fördersystem soll der Wirkungsgrad der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik weiter erhöht werden.

»Anreize für einen Ortswechsel geben.«

Ergänzt werden könnte dieses System durch eine Anreizförderung auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in besonders vom Bevölkerungsrückgang betroffenen Regionen der GRW. Wenn Arbeitskräfte mobil sein sollen, müssen sie einen Vorteil für sich

erkennen. Steuervorteile in Regionen mit starken Bevölkerungsverlusten könnten hier als Anreiz dienen. Denn sie fördern Konsum und Investitionen in Eigentum. Davon profitieren wiederum Wirtschaft, Handel und Gastronomie vor Ort – mit positiven Effekten für die Stadt- und Ortszentren. Das Gesetz zur Förderung der Berliner Wirtschaft sah solche Förderungen für Unternehmen und Beschäftigte vor. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die nach Berlin zogen, wurde ein hoher Anteil der zu zahlenden Einkommensteuer erlassen. Nach der Coronapandemie mit dem Anstieg des mobilen Arbeitens, dem Ausbau von Co-Working-Plätzen und neuen Lebensplanungsmodellen wäre es eine Überlegung wert, mit einer solchen Förderung über die Einkommensteuer – zeitlich befristet – Anreize für einen Ortswechsel zu geben. ■

Dr. Markus Eltges ist Direktor des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).